

**Auszug aus der Niederschrift
über die 01. Sitzung der Bürgerschaft am 29.01.2026**

Zu TOP: 12.1

Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2026 der Hansestadt Stralsund

Vorlage: B 0053/2025

Änderungsantrag zum Haushalt Unnötigen Stellenwachstum stoppen

Einreicher: AfD Fraktion

Vorlage: AN 0003/2026

Änderungsantrag zum Haushalt Migrations-und Integrationsbeauftragten verhindern

Einreicher: AfD Fraktion

Vorlage: AN 0004/2026

ÄA zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Erneuerung Bahnweg vs. Schulwegsicherung An den Bleichen

Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei

Vorlage: AN 0009/2026

ÄA zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Errichtung Fahrradstation Am Hauptbahnhof

Einreicherin: Fraktion B90/GRÜNE/SPD/Piraten

Vorlage: AN 0010/2026

ÄA zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Geh- und Radwegebrücke Bahn

Einreicherin: Fraktion B90/GRÜNE/SPD/Piratenpartei

Vorlage: AN 0011/2026

ÄA zu TOP 12.1 Haushalt, hier Finanzierung des Frauenschutzhouses Stralsund

Einreicherin: Fraktion B90/GRÜNE/SPD/Piratenpartei

Vorlage: AN 0012/2026

ÄA zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Stadtmarketing/Altstadtmanagement

Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei

Vorlage: AN 0013/2026

Herr Pieper nimmt als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Vergabe Stellung zur Haushaltsvorlage B 0053/2025.

Laut Herrn Pieper hat sich die finanzielle Lage der Hansestadt Stralsund im vergangenen Jahr deutlich verschärft. Steigende Kosten, reduzierte Zuweisungen vom Land und explodierende Sozialausgaben engen den Handlungsspielraum massiv ein. Gleichzeitig stehen dringende Investitionen an. Die Zahlen im Ergebnishaushalt zeigen die Dimensionen der Herausforderungen. Die erwarteten Erträge aus der Verwaltungstätigkeit belaufen sich auf 156.9368,9 TEUR. Dem stehen Aufwendungen von 180.064,0 TEUR gegenüber. Unter Berücksichtigung einer Entnahme aus der Kapitalrücklage verbleibt ein negatives Jahresergebnis in Höhe von 15.095,1 TEUR. Herr Pieper verweist auf das Vorjahr und die Verdreifachung des negativen Jahresergebnisses. Er trägt ferner die Zahlen des Finanzhaushaltes vor. Die Investitionsmaßnahmen 2026 erfordern eine Kreditaufnahme von 15.320,2 TEUR.

Er geht weiter auf die Reduzierung der FAG Schlüsselzuweisungen, die Auswertung des Zensus sowie das KiFöG ein. Hier sieht der Vorsitzende des Ausschusses für Finanzen und Vergabe dringenden Handlungsbedarf seitens der Landesregierung M-V.

Herr Pieper trägt die anstehenden Investitionen in der Hansestadt Stralsund vor.

Laut Herrn Pieper machen die freiwilligen Leistungen die Hansestadt Stralsund lebenswert und sind unverzichtbar für die kulturelle Identität.

Eine faire auskömmliche Finanzausstattung durch das Land M-V sei unerlässlich. Die aktuelle Entwicklung erachtet er als nicht nachhaltig und diese gefährde die kommunale Selbstverwaltung. Die Hansestadt Stralsund benötige Perspektiven und keine weiteren Belastungen seitens des Landes.

Anschließend geht Herr Haack für die Fraktion Bürger für Stralsund auf den Haushalt ein. Zu Beginn richtet Herr Haack seinen Dank für die Erstellung des Haushaltes an die Verwaltung. Gleichzeitig bittet er darum, den nächsten Haushalt früher vorgelegt zu bekommen und den Fraktionen mehr Beratungszeit einzuräumen.

Das Defizit, welches der Haushalt aufweist, hat aus Sicht von Herrn Haack nicht die Stadt zu verschulden. Die Mittel im Bereich der freiwilligen Leistungen sind richtig und sollen beibehalten werden. Einen Ausbau dieser sieht Herr Haack allerdings kritisch.

Herr Haack vertritt die Meinung, dass Vorschläge für ein Haushaltssicherungskonzept von der Bürgerschaft und nicht von der Verwaltung kommen müssen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es um das Geld der Stralsunderinnen und Stralsunder geht, welches verwaltet wird.

Bezogen auf den vorliegenden Haushalt werden die Kommunen von Bund und Land im Stich gelassen. So sollten die Kommunen zum Beispiel frei entscheiden können, wie und für was Fördermittel eingesetzt werden.

Die beitragsfreie Kita ist zu begrüßen, allerdings müssen sich die Kommunen diese auch leisten können.

Mit Blick auf die Werft hofft Herr Haack Ende des Jahres auf eine schwarze Null.

Außerdem sollten Gespräche mit dem Land aufgenommen werden, um den Theaterpakt weiter zu verhandeln.

Herr Haack bittet um Zustimmung zum Haushalt.

Herr Schilke kritisiert, dass der Haushalt den Fraktionen erst einen Tag vor der Bürgerschaftssitzung im Dezember zur Verfügung gestellt wurde. Außerdem sei dieser unvollständig gewesen. Aufgrund der engen Zeitschiene sieht Herr Schilke nicht ausreichend Zeit, vollumfänglich über den Haushalt zu beraten, geschweige denn, tiefgreifende Änderungsanträge einzubringen.

Nachfolgend geht Herr Schilke auf die Zahlen ein, die aus seiner Sicht alarmierend sind. So belaufen sich die Ein- und Auszahlungen im Dezember 2026 auf -60,8 Mio. € und im Dezember 2029 auf -150,9 Mio. €. Gegenüber nachfolgenden Generationen ist es wichtig, die Schulden so klein wie möglich zu halten.

Herr Schilke kritisiert, dass weiterhin Jahresabschlüsse fehlen. Zudem bemängelt er, dass im Haushalt viele Produkte mit „Sonstiges“ benannt sind und nicht erkennbar ist, welche Leistungen sich dahinter verbergen.

Die AfD Fraktion erwartet, dass die Bürgerschaft bereits bei der Aufstellung des Haushaltes von der Verwaltung beteiligt wird.

Die AfD Fraktion wird dem Haushalt nicht zustimmen.

Herr Quintana Schmidt bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung für die Aufstellung des Haushaltes. Er sieht die Probleme, ähnlich wie seine Vorredner, eher vom Umfeld verursacht, als von der Hansestadt selbst.

Auch seine Fraktion begrüßt die beitragsfreie Kita. Dass die Kommunen für ein Landesgesetz zahlen müssen, sieht sie aber kritisch. Die Prioritäten der Bundesregierung führten ebenfalls dazu, dass es den Kommunen immer schlechter gehe.

Ebenfalls die Ergebnisse zum Zensus und die stagnierend hohe Zahl an Arbeitslosen und Bürgergeldempfängern wirkt sich auf den Haushalt aus.

Die Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass keine Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen erfolgt sind.

Zu den Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei merkt Herr Quintana Schmidt an, dass diese viel zu spät eingereicht wurden und in den Fraktionen nicht beraten werden konnten.

Den Antrag der Fraktion AfD (AN 0004/2026) wird die Fraktion DIE LINKE. ablehnen. Vorausgesetzt der vorgenannte Antrag der Fraktion AfD wird abgelehnt, wird die Fraktion DIE LINKE. dem Haushalt zustimmen.

Herr Suhr dankt im Namen seiner Fraktion der Verwaltung ebenfalls für den vorgelegten Haushalt. Aus seiner Sicht müssen alle Entgelte und Pachten überprüft und eventuell auch über eine Dynamisierung beraten werden. Er geht davon aus, dass eine angepasste Dynamisierung von den Bürgerinnen und Bürgern besser nachvollzogen werden kann, als eine große Anpassung nach 20 Jahren.

Auch die Frage der Konnexität muss beleuchtet und die Umsetzung des Prinzips gegenüber dem Land eingefordert werden.

In Bezug auf das Haushaltssicherungskonzept erklärt Herr Suhr, dass Vorschläge von der Verwaltung wünschenswert sind, die Bürgerschaft aber entscheidet. Ehrenamtliche Bürgerschaftsmitglieder und die hauptamtliche Verwaltung sollten hier gut zusammenarbeiten.

Nachfolgend geht Herr Suhr auf die von seiner Fraktion eingebrachten Änderungsanträge zum Haushalt ein. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei wird dem Haushalt zustimmen.

Herr Braun betont, dass sowohl die Bürgerschaft als auch die Verwaltung das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Blick haben sollten und seiner Meinung nach auch haben. Er plädiert für eine gute, gesittete Zusammenarbeit, trotz aller Meinungsverschiedenheiten.

Der Präsident geht nachfolgend auf die eingereichten Änderungsanträge zur Vorlage B 0053/2025 ein.

AN 0004/2026 Änderungsantrag zum Haushalt - Migrations- und Integrationsbeauftragten verhindern (Einreicherin: Fraktion AfD)

Herr Schilke erläutert den vorliegenden Antrag und wirbt um Zustimmung. Durch eine Migrations- und Integrationsbeauftragte ließe sich kein Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Stralsund erzielen. Aus Sicht der Fraktion AfD sei Integration eine Bringschuld.

Eine Reduzierung der Stellenanteile der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen werde kritisiert. Dies stelle nach Auffassung der Fraktion AfD eine Verschiebung der Relevanzen dar.

Herr Braun merkt an, dass zur Integration stets zwei Partner gehören. Neben der persönlichen Integration zähle auch, mit den Migrantinnen und Migranten ins Gespräch zu kommen und die Kultur vorzustellen. Nur durch Vielfalt und gegenseitige Annäherung ließe sich etwas erreichen.

Frau Kothe-Woywode erklärt die ablehnende Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei zum vorliegenden Antrag.

Herr Haack teilt für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit mit, dass die vorliegenden Änderungsanträge AN 0003/2026 und AN 0004/2026 abgelehnt werden. Er weist darauf hin, dass es auf die Ausschreibung der Stelle der oder des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen keine Bewerbungen gegeben habe und deshalb entschieden worden sei, dass die Aufgaben durch die Gleichstellungsbeauftragte mit wahrgenommen werden. Die Stelle der Migrations- und Integrationsbeauftragten sei in der Hauptsatzung verankert. Eine Abkehr ließe sich nur durch eine Änderung der Hauptsatzung herbeiführen.

Der Präsident lässt über den Änderungsantrag AN 0004/2026 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

1. Die Stellenkennung 10.00.400 (Beauftragte/r für Menschen mit Behinderung) wird bei 0,770 VZÄ belassen.
2. Die neue Stellenkennung 10.00.500 (Migrations- und Integrationsbeauftragte/r) mit 1,000 VZÄ wird gestrichen

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0003/2026 Änderungsantrag zum Haushalt –Unnötigen Stellenwachstum stoppen (Einreicherin: Fraktion AfD)

Frau Graf erläutert den Antrag AN 0003/2026. In Anbetracht der bevorstehenden Herausforderungen sollte ein Stellenwachstum vermieden werden. Die personelle Ausstattung im Büro des Oberbürgermeisters werde als ausreichend erachtet.

Der Oberbürgermeister stellt klar, dass es sich nicht um eine zusätzliche Personalstelle handele und auch keine weitere geben werde.

Frau Kothe-Woywode erklärt die ablehnende Haltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei zum vorliegenden Antrag.

Frau Graf zieht den Antrag AN 0003/2026 zurück

AN 0009/2026 - Änderungsantrag zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Erneuerung Bahnweg vs. Schulwegsicherung An den Bleichen (Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei)

Herr Suhr begründet den Antrag und wirbt um Zustimmung. Es bestehe ein Bedarf bei der Schulwegsicherung An den Bleichen. Daher werde vorgeschlagen, die Priorität zu ändern.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0009/2026 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Maßnahme 26-6060-0012 (Investitionsübersicht Seite 453, Erneuerung Gehweg Bahnweg zwischen Am Köppenbergr und Greifswalder Chaussee) wird um ein Jahr verschoben.

Stattdessen wird die Maßnahme „Nachhaltige Schulwegsicherung An den Bleichen“ mit den entsprechenden Ansätzen 6.000,-- EUR in 2026 und 103.000,-- EUR (Planung 2027) in das Investitionsprogramm aufgenommen, um zu gewährleisten, dass für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule Maria Montessori die Nutzung eines sicheren Schulweges gewährleistet werden kann.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0010/2026 – Änderungsantrag zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Errichtung Fahrradstation Am Hauptbahnhof (Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei)

Herr Suhr begründet kurz den Antrag und wirbt um Zustimmung.

Auf Nachfrage von Herrn Bauschke teilt Herr Dr. Raith mit, dass das Grundstück bislang noch nicht erworben werden konnte. Das Einwerben von Fördermitteln sei daher bisher nicht möglich. Die zeitliche Einordnung in den Haushalt sei bewusst vorgenommen worden.

Herr Dr. Raith kann auf Nachfrage von Herrn Suhr nicht versichern, dass der Erwerb des Grundstücks 2026 erfolgen könne.

Der Präsident stellt den Änderungsantrag AN 0010/2026 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Maßnahme 17-6060-0032 (Errichtung einer Fahrradstation am Hauptbahnhof, Investitionsübersicht Seite 415) wird um ein Jahr vorgezogen.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0011/2026 – Änderungsantrag zu TOP 12.1 Haushalt, hier: Geh- und Radwegebrücke Bahn (Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei)

Herr Suhr begründet kurz den Antrag. Es bestehe Skepsis zum genannten Projekt.

Herr Bauschke verdeutlicht, dass es sich um eine gesamtstädtische Maßnahme handle, durch welche die Stadtteile Tribseer und Franken besser verbunden werden könnten. Im Ausschuss für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sei ausgeführt worden, dass die Brücke nur mit einem geringen kommunalen Anteil finanziert werden solle und nur bei entsprechender Förderung. Die Fraktion CDU/FDP werde dem Änderungsantrag nicht folgen.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0011/2026 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Die Maßnahme 22-6060-0022 (Investitionsübersicht Seite 432, Geh- und Radwegbrücke über die Bahnstrecke Stralsund-Pasewalk) aus dem Teilhaushalt 15 Straßen und Stadtgrün wird gestrichen.

Die im Haushalt veranschlagten Investitionszuwendungen von privaten Unternehmen in Höhe von noch verbliebenen 870.000,-- EUR werden zur Finanzierung anderer Maßnahmen des Geh- und Radwegebaus verwandt.

Der Planungsansatz in Höhe von 200.000,-- EUR für das Jahr 2026 wird für Planungsleistungen zum Ausbau des Radweges Barther Straße eingesetzt

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

AN 0012/2026 - Änderungsantrag zu TOP 12.1 Haushalt, hier Finanzierung des Frauenschutzhouses Stralsund (Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei)

Frau Kothe-Woywode begründet den Antrag ausführlich. Das vorliegende Angebot an Schutzplätzen liege weit unter dem tatsächlichen Bedarf. Das Frauenschutzhause sei nicht nur eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine Verpflichtung.

Die Bereitstellung weiterer 5 T € sei lediglich ein Tropfen auf dem heißen Stein, trage jedoch etwas für eine verlässliche Planung bei.

Frau Kothe-Woywode wirbt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD/Piratenpartei um Zustimmung zum Antrag und weist auf die Möglichkeit hin, direkt für das Frauenschutzhaus Stralsund zu spenden.

Herr Haack stellt klar, dass die Unterstützung des Frauenschutzhauses richtig und wichtig sei. Er betont jedoch die Zuständigkeit des Landkreises. Die Hansestadt Stralsund sei die einzige Stadt im Landkreis, die das Frauenschutzhaus finanziell unterstütze. 45 T € stelle die Belastungsgrenze für die Hansestadt Stralsund dar. Mehrbedarfe seien durch den Landkreis zu zahlen.

Herr Dr. Zabel merkt an, dass in der Bürgerschaft inhaltlicher Konsens zur Bedeutung der Frauenschutzhäuser bestehe. Er bestätigt jedoch auch die Einschätzung von Herrn Haack zur Zuständigkeit. Innerhalb der Fraktion CDU/FDP sei die Abstimmung zur Thematik freigegeben.

Herr Quintana Schmidt teilt mit, dass die Fraktion DIE LINKE dem Antrag aufgrund der Bedeutung des Anliegens zustimmen werde. Die Hansestadt Stralsund könne das Frauenschutzhaus nicht im Stich lassen, weil der Landkreis sich vor der Verantwortung drückt.

Herr Braun betont, dass für die Betroffenen die Zuständigkeit nicht von Belang sei. An erster Stelle stehe für ihn die Hilfeleistung. Über Zuständigkeiten könne sich später gestritten werden.

Frau Zaepernick-Risch und Herr Dr. Zabel kündigen für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung Redebeiträge zur Thematik an.

Herr Schilke teilt die Auffassung, dass die Zuständigkeit beim Landkreis liege. Er regt an, mit dem LAGuS und dem Landkreis V-R nochmals in den Diskurs zu gehen.

Der Präsident stellt den Antrag AN 0012/2026 zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft beschließt in den Haushalt für das Jahr 2026 zur Finanzierung des in Stralsund durch den Träger „Stark machen e.V.“ betriebenen Frauenschutzhauses weitere 5.000 Euro und damit insgesamt 50.000 Euro einzustellen.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen
2026-VIII-01-0211

AN 0013/2026 – Änderungsantrag zu TOP 12.1 Haushalt, hier:
Stadtmarketing/Altstadtmanagement (Einreicherin: Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen/SPD/Piratenpartei)

Herr Suhr erläutert den Antrag und wirbt um Zustimmung. Er verweist auf das positive Beispiel der Stadtmarketing GmbH in Greifswald, die sich finanziell trage.

Der Präsident lässt über den Antrag AN 0013/2026 abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Stellenplan wird im Bereich des Amtes für Wirtschaft und Tourismus um eine Stelle (Vollzeit, Ingr. 11) „Stadtmarketing/Altstadtmanagement“ erweitert mit dem Ziel der

Umsetzung ab September 2026.

Die Deckung der Personalausgaben erfolgt aus den Kosteneinsparungen, die im 1. Halbjahr 26 dadurch entstehen, dass beim Ausscheiden von Mitarbeiter*innen eine unverzügliche Wiederbesetzung der frei werdenden Stelle nicht möglich ist. Die derzeitigen Haushaltsansätze kalkulieren derartige Kosteneinsparungen nicht ein.

Abstimmung: Mehrheitlich abgelehnt

Herr Haack stellt für die Fraktion Bürger für Stralsund/Adomeit den Antrag zur Geschäftsordnung auf Unterbrechung der Sitzung um 5 Minuten.

Auszeit: 19:56 Uhr bis 20:01 Uhr

Da kein weiterer Redebedarf bestehe, stellt der Präsident die Vorlage B 0053/2025 unter Berücksichtigung des beschlossenen Antrages AN 0012/2026 (2026-VIII-01-0211) zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt einschließlich des Beschlusses 2026-VIII-01-0211:

- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Altstadtinsel
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Knieper West
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Kleiner Wiesenweg
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026 des Städtebaulichen Sondervermögens der Hansestadt Stralsund / Tribseer Vorstadt
- die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2026 der Hansestadt Stralsund nach Änderungen

Abstimmung: 23 Zustimmungen 10 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

2026-VIII-01-0212

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Gaby Ely

Stralsund, 05.02.2026